

Antrag

der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Menstruation enttabuisieren – Produkte kostenfrei und niedrigschwellig bereitstellen

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, einen Aktionsplan für eine flächendeckende, kostenfreie Bereitstellung von Menstruationsprodukten in öffentlichen Einrichtungen des Landes Berlin umzusetzen. Ziel ist es, den Zugang zu Menstruationsprodukten niedrigschwellig, diskriminierungsfrei und kostenfrei für alle Menstruierenden zu ermöglichen. Dabei soll auf die Verwendung nachhaltiger, umweltfreundlicher und unterschiedlicher Produkte geachtet werden.

Folgende Maßnahmen sollen entsprechend des Aktionsplans umgesetzt werden:

1. In den Zentren für sexuelle Gesundheit und Familienplanung der Berliner Bezirke sowie in den Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen werden im Rahmen eines Pilotprojekts kostenlose Menstruationsprodukte für Menschen mit geringem Einkommen bereitgestellt – orientiert an den bestehenden Angeboten zur kostenfreien Vergabe von Verhütungsmitteln.
2. Die Bezirke werden durch Finanzmittel des Senats befähigt, kostenlose Menstruationsprodukte bereitzustellen:
 - in Jugendfreizeiteinrichtungen, insbesondere Mädchenzentren,
 - in Frauenhäusern und anderen Schutzeinrichtungen sowie in Frauenprojekten,
 - im Rahmen von Pilotprojekten mit Verstärkungskonzepten an Schulen,
 - in ordnungsrechtlichen Notunterkünften nach ASOG und anderen Einrichtungen für wohnungslose Personen.

3. Berliner Hochschulen sollen in ihren Einrichtungen kostenfreie Menstruationsprodukte zur Verfügung stellen können. Die Finanzierung soll zunächst außerhalb der Hochschulverträge und dann mit der nächsten Vertragsperiode regelhaft über die Hochschulverträge erfolgen.
4. In ausgewählten, entgeltfrei nutzbaren öffentlichen Toiletten soll die kostenlose Bereitstellung von Menstruationsprodukten erprobt werden. Dafür ist der bestehende Vertrag mit Wall zu ergänzen.
5. Der Senat stellt verbindlich im Rahmen des Facility Managements kostenfreie Menstruationsprodukte in allen Senatsverwaltungen zur Verfügung. Zur Nutzung und Wirkung der Bereitstellung soll ein Bericht erfolgen. Der Bericht soll ausgewertet und mittelfristig auf Basis dieser Ergebnisse der Zugang zu kostenfreien Menstruationsprodukten in allen öffentlichen Einrichtungen des Landes Berlin und der Bezirke geschaffen werden.

Dem Abgeordnetenhaus ist erstmals zum 28. Mai 2026 und danach jährlich zu berichten.

Begründung

Menstruation ist noch immer in vielen gesellschaftlichen Bereichen tabuisiert. Viele Menschen verbinden die monatliche Blutung mit Scham. Die mangelnde Verfügbarkeit und Sichtbarkeit von Menstruationsprodukten trägt zur Stigmatisierung bei und erschwert die Teilhabe am öffentlichen Leben – insbesondere für finanziell schwächer gestellte Personen.

Jede vierte Frau in Deutschland hat laut Studien Schwierigkeiten, sich ausreichend mit Menstruationsprodukten zu versorgen. Der Zugang zu diesen Produkten darf keine Frage des Geldbeutels sein. Ein kostenfreier und niedrigschwelliger Zugang stellt einen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit und gesundheitlichen Daseinsvorsorge dar. Das Perioden-Tabu und die Sorge, bei plötzlich eintretender Menstruation kein Produkt dabei zu haben, müssen endlich aus der Welt.

Mit der Umsetzung eines Aktionsplans wird sukzessive ein niedrigschwelliger Zugang zu Menstruationsprodukten geschaffen. Der Senat soll mit gutem Beispiel vorangehen und durch die Umsetzung von Punkt 5 des Antrags kostenlose Menstruationsprodukte in seinen Verwaltungen bereitstellen. In Berlin werden in allen Dienstgebäuden der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt kostenfreie Menstruationsprodukte zur Verfügung gestellt. Zusätzlich haben einige Bezirksämter, wie Friedrichshain-Kreuzberg, Pankow und Tempelhof-Schöneberg, Menstruationsprodukte in ihren Dienstgebäuden eingeführt.

Für Menschen mit wenig Einkommen sind Zentren für sexuelle Gesundheit und Familienplanung der Berliner Bezirke oft eine Anlaufstelle. Deshalb sollen auch dort im Rahmen eines Pilotprojekts kostenlose Menstruationsprodukte bereitgestellt werden.

Kostenlose Menstruationsprodukte sollen vor allem dort bereitgestellt werden, wo sich Menstruierende mit geringem Einkommen bewegen: Mädchen, junge Frauen, wohnungs- oder obdachlose Frauen. Teilweise gibt es bereits Menstruationsproduktspender durch Pilotprojekte an Schulen; das Problem stellt hier vielmehr die Folgebeschaffung dar. Konzepte zur Verstetigung sollen eine regelhafte Beschaffung wie bei WC-Papier und Seife ermöglichen.

Durch die Erprobung der Bereitstellung von Menstruationsprodukten in öffentlichen Toiletten sollen diese im öffentlichen Raum sichtbar sein und kostenlos zur Verfügung stehen. Damit wird das Tabu gebrochen und vulnerable Gruppen haben eine sichere Anlaufstelle, wo sie wissen, dass sie Periodenprodukte bekommen. Der aktuell bestehende Toilettenvertrag, der mit Wall 2018 für 15 Jahre abgeschlossen wurde, soll ergänzt werden. In einem neuen Vertrag ab 2033 sollen die Menstruationsprodukte von Anfang an mit aufgenommen werden.

Die Förderung nachhaltiger Produkte unterstützt zugleich die ökologischen Ziele des Landes Berlin. Darüber hinaus braucht es ein Angebot unterschiedlicher Produkte, weil Menstruierende individuell sind und unterschiedliche Bedarfe haben.

Berlin, den 22. Juli 2025

Jarasch Graf Haghanipour
und die übrigen Mitglieder der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen